



Pressemitteilung

Ansbach, 06. September 2011

BI warnt Oberbürgermeisterin vor Einengung des Handlungsspielraums beim Schutz vor Fluglärm

„Chancen erkennen“: Stadt muss Option für deutliche Truppenreduzierung offenhalten

Alleinige Hoffnung auf „Gentlemen Agreement“ ist blauäugig und hilft den Menschen nicht

Offenkundig sind die Argumente der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ für den Schutz der Bevölkerung vor unerträglichem Fluglärm und Abgasen der US-Kampfhubschrauber auch auf der Bundesebene angekommen. So ist die Einschätzung des Abgeordneten Erdel, die US-Armee solle in unbewohnten Gebieten der USA, „etwa in Texas üben“ folgerichtig. Allerdings müsse diesen Worten konkrete Taten für die lärmgeplagten Bürger in Ansbach und der Region folgen. Erdel fordert eine Gleichstellung von zivilen und militärischen Flughäfen, hat jedoch wie Union und SPD im Mai 2011 gegen einen Antrag der Linksfraktion im Bundestag gestimmt, der eben dies zum Ziel hatte: „Wir erwarten von Herrn Erdel nach seinen jüngsten Aussagen eine eigene Initiative im Verteidigungsausschuss“, betonte der BI-Vorstand.

Im Lichte des parteiübergreifenden Stimmungswandels mit Blick auf die Belastungen durch die US-Militärbasis Ansbach zugunsten der Interessen der Menschen vor Ort sind die Aussagen von Oberbürgermeisterin Seidel im Rahmen der Stadtteilversammlung Eyb umso unverständlicher. Seidel hatte dort erklärt, dass die Präsenz des Militärs „nicht diskutiert werden kann“. Zwar anerkenne die BI das Bemühen der OB gegen Fluglärm, allerdings ist die Strategie unverbindlicher Gespräche auch nach drei Jahren nicht aufgegangen. Daher dürfe es jetzt keine Denkverbote zur Zukunft Ansbachs mit oder ohne oder mit weniger Militär geben, hob der Vorstand hervor.

Es sei diplomatisch unklug, der Stadt mit Defensivpositionen im Voraus Handlungsspielräume für eine spürbare Entlastung der Bevölkerung zu verbauen: „Fluglärm und Abgase können nur durch eine dauerhafte deutliche Reduzierung der Hubschrauber in Ansbach in einem engen Korsett bürgerfreundlicher gesetzlicher Flugbestimmungen wirkungsvoll bekämpft werden“, erklärten die BI-Vorstandsmitglieder. „Die alleinige Hoffnung auf ein Gentlemen's Agreement zu setzen ist blauäugig und hilft den Menschen nicht weiter. Dieses Agreement war in den 90er-Jahren bei 30 in Ansbach stationierten Helikoptern möglich. Bei 110 Maschinen in unserer dicht besiedelten Region bleibt diese Hoffnung Wunschdenken. Wir fordern OB Seidel auf, endlich deutlich zu machen, dass die Ausmaße der Stationierung nicht in eine 40.000-Einwohner-Stadt passen und mit dem Erhalt von Lebensqualität und Gesundheit der Bürgerschaft sowie dem Umweltschutz nicht vereinbar sind.“ Eine Option auf Truppenreduzierung sei gerade nach der Aussicht, dass der Flugbetrieb aufgrund neuer Chinooks weiter verstärkt werden könnte, dringend nötig.

BI-Vorsitzender Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer warnte die OB davor, sich mit „Totschlagargumenten“ in die „Quadratur des Kreises“ zu begeben: „Eine Militärbasis dieser Größe und die Wahrung des Bürgerwohls schließen sich aus. Frau Seidel tut gut daran, den Blick in die Zukunft zu richten,

indem frühzeitig Konzepte für die zivile Umnutzung der Militärliegenschaften angepackt werden. Angesichts der US-Finanzlage sind Truppenabzüge ohnehin absehbar. Diese Entwicklung birgt viele Chancen für Ansbach, die jetzt erkannt werden müssen.“ Überdies seien die Informationen der OB falsch, es handle sich bei dem von der Armee verwandten Treibstoff um „normales Kerosin“. Der militärische Treibstoff JP-8 ist vielmehr mit zahlreichen hochgiftigen Additiven angereichert.

Die CSU soll zu Fehlern stehen – dann kann die CSU auch daraus lernen

Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Ansbacher Stadtrat ließ indes vergangene Woche Interessantes verlauten: Man weise von sich, dass die CSU mitverantwortlich für militärische Aufrüstung und daraus folgenden anwachsenden Fluglärm sei. Die BI erinnerte in diesem Zusammenhang an in den Medien dokumentierte Aussagen von MdB Christian Schmidt, der sich 2006 damit brüstete, er habe „für den Ausbau der Armeebasen Ansbach und Illesheim Klinken geputzt“ sowie von MdL Breitschwert, der 2007 erklärte, er unterstütze die Errichtung der Stacheldrahtsiedlung am Urtas „aus christlicher Nächstenliebe“. „Die CSU in Bund, Land und Kommune zeichnet sich in erheblichem Maße für die jetzige unannehmbare Situation verantwortlich“, betonte der BI-Vorstand.

Unwahr ist zudem die Behauptung Schaudigs, die CSU habe Lärmmessungen beantragt. Als im März 2009 dieser Sachverhalt auf Antrag aus ganz anderer politischer Richtung erstmals zur Abstimmung stand, beharrte die CSU laut Stadtratsprotokoll darauf, dass Messungen zu teuer und nicht zielführend seien. „Statt sich aus der Verantwortung zu stehlen wäre es besser zu sagen: Wir haben Fehler gemacht, indem wir die Aufrüstung in Ansbach mit vorangetrieben haben. Wir wollen jetzt dazu beitragen, ideologiefrei den daraus entstandenen Scherbenhaufen abzutragen“, empfahl die BI der CSU und erklärte abschließend: „Es ist gut, dass sich auch in der CSU die Kräfte, die militärische Belastungen als dringliches Problem für die Region erkennen, gegenüber den ewig gestrigen kalten Kriegern in den eigenen Reihen durchzusetzen versuchen.“